



**2. Angaben zum Unternehmen und zum Vorhaben**

2.1 Vorstellung des Unternehmens (Art des Unternehmens, Zielgruppe(n), gesellschaftsrechtliche Verhältnisse; (ggf. ergänzende Angaben auf gesondertem Blatt)

2.2 Beschreibung und Begründung des Vorhabens (ggf. ergänzende Angaben auf gesondertem Blatt)

**Nicht ausfüllen!**

2.3 Zeitliche Durchführung des Vorhabens

Beginn (= Zeitpunkt der ersten Auftragserteilung; Tag, Monat, Jahr)	voraussichtliche Beendigung (= Zeitpunkt der Inbetriebnahme; Tag, Monat, Jahr)
---	--

2.3 Ist eine Baugenehmigung erforderlich?  nein  ja

Wenn ja:

Wurde die Baugenehmigung beantragt?  nein  ja

Wurde die Baugenehmigung bereits erteilt?  nein  ja, wie beigefügt

Baugenehmigung ist

erteilt.

in Aussicht gestellt.

beantragt.

nicht erforderlich.

**3. Anzahl der Sitzplätze der gastronomischen Einrichtung**

	vor Durchführung des Vorhabens	nach Durchführung des Vorhabens
im Hauptraum		
in sonstigen Gasträumen		
im Saal		
im Garten, Terrasse		

**4. Es werden folgende Mahlzeiten verabreicht**

nur Frühstück  Frühstück mit Mittag- oder Abendessen  Vollverköstigung

**5. Gästezimmer- und Bettenzahl (ohne Not- und Zusatzbetten)**

	vor Durchführung des Vorhabens		nach Durchführung des Vorhabens	
	Zimmer		Zimmer	
	insgesamt	davon mit Du./Bad/WC	insgesamt	davon mit Du./Bad/WC
mit 1 Bett				
mit 2 Betten				
mit 3 oder mehr Betten				
<b>Gästezimmer insgesamt</b>				
<b>Gästebetten insgesamt</b>				



8.4 Sonstige regelmäßige Einkünfte des Personenkreises wie bei 8.3 (z. B.: aus Land- und Forstwirtschaft, sonstigem Gewerbebetrieb, selbstständiger Arbeit, nichtselbstständiger Arbeit (einschließlich Geschäftsführergehalt), Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung, sonstigen Einkünften (Renten u. ä.)) in **TEUR**:

Inhaber/ pers. haftender Gesellschafter, Hauptgesellschafter		
Art der Einkünfte:		
_____		
_____		

**Nicht ausfüllen!**

8.5 Entnahmen in TEUR  
in den Jahren

	<u>20</u>	<u>20</u>
Gesamt-Entnahmen inkl. Gesellschafterbezüge		
./ Entnahmen für Steuern		
./ Einlagen		
Saldo		

Entnahmen sind angemessen  
 ja     nein

**9. Umsatz- und Ertragsvorschau für das laufende und die beiden folgenden Geschäftsjahren in TEUR**

	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Umsatzerlöse			
Jahresüberschuss/-fehlbetrag			
+ nicht zahlungswirksame Aufwendungen (z. B. Abschreibungen ohne Sonder-AfA), Einstellung langfristiger Verbindlichkeiten)			
./ nicht zahlungswirksame Erträge (z.B. Auflösung langfristiger Rückstellungen)			
<b>= cash flow</b>			

Kapitaldienst kann erbracht werden

**10. Kapitaldienst für das laufende und die beiden folgenden Geschäftsjahre**

10.1 Kapitaldienst für bestehende langfristige Verbindlichkeiten (**in TEUR**)

	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Zinsaufwand			
Tilgungsverpflichtungen			
<b>Gesamt</b>			

10.2 Kapitaldienst für neue langfristige Verbindlichkeiten (**in TEUR**)

	<u>20</u>	<u>20</u>	<u>20</u>
Zinsaufwand			
Tilgungsverpflichtungen			
<b>Gesamt</b>			



## 14. Arbeitsplätze und Beschäftigte

### **Wichtiger Hinweis für die Ermittlung der Arbeitsplatzzahlen:**

**Die Zahl der Arbeitsplätze ist nicht personenbezogen, sondern auf der Basis von Vollzeit-Arbeitsplätzen zu ermitteln; d. h. Teilzeit-/Aushilfs- oder Saisonarbeitsplätze sind anteilig zu berücksichtigen.**

- Ein Teilzeitarbeitsplatz wird im Verhältnis der jährlichen Arbeitsstunden zu der Anzahl der Arbeitsstunden eines Vollzeit-arbeitsplatzes anteilig berücksichtigt.
- Entsprechend werden Arbeitsplätze für Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen oder Arbeitsplätze für geringfügig Beschäftigte und Aushilfskräfte berücksichtigt.
- Saisonarbeitsplätze finden mit ihrer jahresdurchschnittlichen tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit als Dauerarbeitsplätze Berücksichtigung, wenn sie nach Art der Betriebsstätte während der Saisonzeit auf Dauer angeboten und besetzt werden.
- Bei Mehrschichtbetrieben ist die Zahl der Dauerarbeitsplätze auf der Basis der jeweiligen Vollzeit-Arbeitsplätzen zu ermitteln.

#### Beispiel:

2 Beschäftigte mit 50 % der tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitszeit und 1 Aushilfskraft mit 15 % der Arbeitszeit ergeben  $0,5 + 0,5 + 0,15 = 1,15$  Dauerarbeitsplätze

### **Entwicklung der Dauerarbeitsplätze von Investitionsbeginn bis Investitionsende**

	Vollzeit-arbeitsplätze		Teilzeit-arbeitsplätze		Leih-/Saison- und sonst. Dauerarbeitsplätze		Gesamt-arbeitsplätze (ohne Azubi)		Azubi		Gesamt
	①		②		③		④ = ①+②+③		⑤	⑥ = ④+⑤	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
vorhandene (vor Investitionsbeginn)											
zusätzliche (im Rahmen der Investitionsmaßnahme)											
abgebaute (im Rahmen der Investitionsmaßnahme)											
= Zahl der Dauerarbeitsplätze <u>nach</u> Abschluss der Maßnahme											

#### **Weitere Hinweise:**

- Dauerarbeitsplätze sind Arbeitsplätze, die von vornherein auf Dauer angelegt sind.
- Dauerarbeitsplätze müssen tatsächlich besetzt oder auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft angeboten werden.
- Zusätzliche Dauerarbeitsplätze müssen nach Abschluss des Fördervorhabens mindestens 5 Jahre tatsächlich besetzt oder zumindest auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft angeboten werden.
- Ausbildungsplätze werden wie Dauerarbeitsplätze bewertet
- Telearbeitsplätze können der Zahl der Dauerarbeitsplätze zugerechnet werden, wenn sich auch der Telearbeitsplatz im Fördergebiet befindet
- Hat der Antragsteller mehrere Betriebsstätten desselben Gewerbebetriebes in derselben Gemeinde, so ist auf die Gesamtzahl der Dauerarbeitsplätze in allen diesen Betriebsstätten abzustellen.

15. Fanden bei der Firma, ihren Inhabern, ihren Gesellschaftern oder bei den mit der Leitung einer Betriebsstätte beauftragten Personen innerhalb der letzten 10 Jahre Zahlungseinstellungen, Wechselproteste, gerichtliche oder außergerichtliche Vergleichsverfahren, Konkurs- bzw. Insolvenzverfahren, Verfahren zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung nach § 807 ZPO, Steuerstrafverfahren oder Gewerbeuntersagungsverfahren statt?

nein  ja

16. Wurden bei anderen öffentlichen Stellen weitere Anträge auf Gewährung von Finanzierungshilfen oder Bürgschaftsanträge gestellt oder ist beabsichtigt, solche zu stellen?

nein  ja; welche, bei welcher Stelle und in welcher Höhe?

\_\_\_\_\_ TEUR

17. Die Subventions-, die Datenschutz- und die Einverständniserklärung sowie die Einwilligungserklärung zur Veröffentlichung von Förderdaten und die Nachhaltigkeitserklärung für den Fall einer EU-Kofinanzierung, die auf dem Beiblatt zu diesem Antrag abgedruckt sind, gebe ich/geben wir rechtsverbindlich ab. Diese Erklärungen sind Bestandteil des Antrags.

18. Ich/Wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung (Datum des Antragseingangs) und vor Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn durch die Bewilligungsbehörde begonnen zu haben. Unter Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu verstehen.

Ort, Datum

Betriebsunternehmer (Nutzer)  
Stempel, Unterschrift(en)

Sofern Investor und Nutzer der Investitionsmaßnahmen nicht identisch sind, ist der Antrag auch vom Investor (z. B. Verpächter) rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

Ort, Datum

Betriebsunternehmer (Nutzer)  
Stempel, Unterschrift(en)

Nicht ausfüllen			
<b>Eingeholte Stellungnahmen:</b>			
<input type="checkbox"/> IHK	<input type="checkbox"/> BHG	<input type="checkbox"/> LRA bzw. Stadt	<input type="checkbox"/> _____
<input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____
<b>Vorhaben entspricht den Richtlinien bzw. Regelungen:</b>			
<input type="checkbox"/> FV/RP	<input type="checkbox"/> GA	<input type="checkbox"/> Ziel 5 b	<input type="checkbox"/> _____
<input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____
<b>Einplanung der Regierung</b>			
Investitionszuschuss	_____ TEUR	(___%)	
für LfA-Darlehen zu folgenden Konditionen:			
Einmalzinszuschuss	_____ TEUR	(___%)	___ % Zins
			___ Jahre Laufzeit
			___ Freijahre
_____	_____ TEUR	(___%)	___ % Zins
			___ Jahre Laufzeit
			___ Freijahre
<b>Auflagen:</b>			
<input type="checkbox"/> Baugenehmigungsklausel	<input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____	<input type="checkbox"/> _____

Zum Antrag der Firma/Firmen

(Name, Anschrift)

vom

**FINANZIERUNGSBESTÄTIGUNG DER HAUSBANK**

Zutreffendes bitte ankreuzen und ausfüllen, nicht Zutreffendes bitte streichen – **Alle Beträge in EUR**

Name und Anschrift der Hausbank

Ansprechpartner/in

Telefon mit Durchwahl, Fax

**1. Die im Antrag dargestellten Eigenmittel können wie folgt aufgebracht werden**

Herkunft der Eigenmittel

Betrag

TEUR

**2. Die im Antrag aufgeführten Fremdmittel werden wie folgt zur Verfügung gestellt**

Kreditgeber	Betrag <u>TEUR</u>	Zinssatz (% p. a.)	Auszahlung (%)	Laufzeit/ tilgungs- freie Jahre	Tilgungs- vereinbarung	beantragt	zugesagt
Regionalkredit der LfA						<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Darlehen der Hausbank						<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Darlehen der KfW						<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Darlehen der LfA						<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
						<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**3. Im Rahmen des Vorhabens sind zusätzliche Betriebsmittel erforderlich:**  ja  nein

Wenn ja, bitte Höhe, Aufbringung (Eigenmittel, bestehender bzw. zusätzlicher KK-Rahmen) und Konditionen angeben.

**4. Bestätigungen**

Sofern unter Ziffer 2 ein LfA-Regionalkredit aufgeführt ist, erklären wir uns bereit, o.a. Kredit an den Antragsteller durchzuleiten. Die Durchfinanzierung des Vorhabens ist bei Gewährung der beantragten Zuwendung sichergestellt. Der aufgeführte zusätzliche Betriebsmittelbedarf kann aufgebracht werden.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift der Hausbank)

## BEIBLATT

Zum Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen  
an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung  
– Fremdenverkehr –

Stand: Februar 2008

### I. Erklärungen

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die nachfolgende Subventionserklärung, die Datenschutzerklärung, die Einverständniserklärung, die Einwilligungserklärung zur Veröffentlichung von Förderdaten sowie die Nachhaltigkeitserklärung im Fall einer EU-Kofinanzierung Bestandteil des Antrags Nr. 90 FV (vgl. Nr. 17 im Antrag) sind.

#### **Subventionserklärung:**

Der/Die Antragsteller ist/sind **unterrichtet**, dass die Angaben im Antrag und die Angaben in den dazu eingereichten Unterlagen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches i.V.m § 2 des Subventionsgesetzes vom 29.07.1976 (BGBl. S. 2037) und Art. 1 des Bayer. Subventionsgesetzes (BayRS 453-1-W) sind.

Der/Die Antragsteller ist/sind **unterrichtet**, dass vorsätzlich oder leichtfertig falsche oder unvollständige Angaben sowie das vorsätzliche oder leichtfertige Unterlassen einer Mitteilung über Änderungen in den Angaben zu diesem Antrag die Strafverfolgung wegen Subventionsbetruges (§ 264 des Strafgesetzbuches) zur Folge haben können.

Der/Die Antragsteller ist/sind **unterrichtet**, dass vorsätzlich oder fahrlässig falsche Angaben außerdem zur sofortigen Rückforderung des bewilligten Zuschusses führen können.

Der/Die Antragsteller **versichert/versichern** die Richtigkeit und Vollständigkeit der im Antrag gemachten Angaben.

Der/Die Antragsteller **verpflichtet/verpflichten** sich, der Bezirksregierung Änderungen bzw. den nachträglichen Wegfall von Voraussetzungen für die Subventionsgewährung anzuzeigen.

#### **Datenschutzerklärung:**

Der/Die Antragsteller ist/sind **unterrichtet**, dass die Hausbank, ggf. deren Zentralinstitut, das Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, die zuständige Bezirksregierung, die LfA Förderbank Bayern und die von ihnen entsprechend den Programmrichtlinien eingeschalteten Gutachterstellen, die aus den Antragsunterlagen und der Förderung sich ergebenden Daten speichern können.

Der/Die Antragsteller ist/sind **unterrichtet**, dass eine Datenübermittlung zwischen den vorher genannten Stellen in dem Umfang, wie er zu der Vergabe der Fördermittel bzw. zur Abstimmung der Salden erforderlich ist, erfolgen kann.

Der/Die Antragsteller ist/sind damit **einverstanden**, dass die Hausbank, ggf. deren Zentralinstitut, das Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, die zuständige Bezirksregierung, die LfA Förderbank Bayern und die von ihnen entsprechend den Programmrichtlinien eingeschalteten Gutachterstellen, die aus den Antragsunterlagen und der Förderung sich ergebenden Daten speichern.

Der/Die Antragsteller ist/sind damit **einverstanden**, dass eine Datenübermittlung zwischen den vorher genannten Stellen in dem Umfang, wie er zu der Vergabe der Fördermittel bzw. zur Abstimmung der Salden erforderlich ist, erfolgt.

Der/Die Antragsteller ist/sind damit **einverstanden**, dass die Dienststellen der EU im Rahmen der Verfahren nach Art. 92 und Art. 93 des EG-Vertrages eine Veröffentlichung der geschützten Daten im Amtsblatt der EG unter Namensnennung und Bezeichnung der Art und Höhe der Subvention vornehmen.

Der/Die Antragsteller **verzichtet/verzichten** in obigem Umfang auf sein/ihr Recht auf Datenschutz.

#### **Einverständniserklärung:**

Der/Die Antragsteller ist/sind **unterrichtet**, dass zur Bearbeitung dieses Antrags weitere Auskünfte über die persönlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse erforderlich werden können, die vom Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, der zuständigen Regierung, der LfA Förderbank Bayern oder einer von dieser beauftragten Stelle sowie der Hausbank im Bedarfsfall angefordert werden können.

Der/Die Antragsteller **verpflichtet/verpflichten** sich, dass die zur Bearbeitung dieses Antrags erforderlichen weiteren Auskünfte über die persönlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, die vom Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, der zuständigen Regierung, der LfA Förderbank Bayern oder einer von dieser beauftragten Stelle sowie der Hausbank im Bedarfsfall angefordert werden können, nach Anforderung durch diese Stellen erteilt werden.

Der/Die Antragsteller ist/sind damit **einverstanden**, dass das Finanzamt jede von der Bezirksregierung gewünschte Auskunft über die steuerlichen Verhältnisse erteilt oder unter Umständen Einblick in die Steuerakte gewährt wird.

Der/Die Antragsteller **erklärt/erklären** sich unwiderruflich damit einverstanden, dass, wenn im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle, sei es durch die zuständige Regierung, die LfA Förderbank Bayern, deren Beauftragte oder durch eine von diesen bestimmte Prüfungsgesellschaft für notwendig gehalten werden, diese Prüfungen vorgenommen werden.

Der/Die Antragsteller **verpflichtet/verpflichten** sich, die Kosten zur Vornahme dieser Prüfungen zu übernehmen.

**Einwilligungserklärung zur Veröffentlichung von Förderdaten:**

Für Fördermaßnahmen in der EU-Strukturpolitik gilt seit 2007 die Transparenzpflicht, d.h. die Verpflichtung zur Veröffentlichung der Förderdaten. Der/Die Antragsteller ist/sind damit einverstanden, dass zum Zweck der Transparenz der Fördermaßnahmen auch das Land Angaben über den Empfänger der Zuwendung, über das Vorhaben und über die Höhe des Zuschusses in geeigneter Form veröffentlichen kann.

**Nachhaltigkeitserklärung im Fall einer EU-Kofinanzierung:**

Im Fall einer Kofinanzierung des Vorhabens aus Mitteln des Europäischen Regionalfonds (ERDF) wird die Beteiligung des ERDF nur dann beibehalten, wenn das Vorhaben innerhalb von fünf Jahren nach dem Abschluss keine wesentlichen Änderungen erfährt (Nachweis der Nachhaltigkeit gem. Art. 57 VO (EG) Nr. 1083/2006). Der/Die Zuwendungsempfänger(in) hat der Bewilligungsstelle wesentliche Änderungen umgehend zu melden. Der/Die Zuwendungsempfänger(in) verpflichtet sich außerdem zur weiteren Mitwirkung beim Nachweis der Nachhaltigkeit. Der Zuwendungsempfänger bestätigt mit Erhalt des Zuwendungsbescheids, dass er bisher infolge einer Produktionsverlagerung noch nicht Gegenstand eines Wiedereinziehungsverfahrens gem. Art. 57 Abs. 3 VO (EG) Nr. 1083/2006 war bzw. ist.

## **II. Ergänzende Hinweise**

Der Vordruck Nr. 90 FV ist zu verwenden für alle Anträge von Unternehmen des Fremdenverkehrsgewerbes auf Gewährung einer/eines

- Zuwendung aus den bayer. regionalen Förderungsprogrammen für die gewerbliche Wirtschaft, Teilprogramm Fremdenverkehr.
- Investitionszuschusses aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA). In diesem Fall ist zusätzlich noch der GA-Vordruck „Antrag auf Gewährung öffentlicher Finanzierungshilfen an die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen der regionalen Wirtschaftsförderung“ auszufüllen.

Der Antrag ist bei der Regierung einzureichen, in deren Bezirk das Vorhaben durchgeführt wird.

### **Zuwendungsprinzip:**

Die Mittel aus dem Bayer. regionalen Förderungsprogramm für die gewerbliche Wirtschaft werden nach dem Zuwendungsprinzip ausgereicht. Dies beinhaltet, dass es der Entscheidung des Antragstellers überlassen bleibt, ob er den Zuwendungsbetrag als **Investitionszuschuss** und/oder als **Zinszuschuss** (zur Verbilligung eines von der LfA auszureichenden Regionalkredits) verwenden will.

Sofern die Zuwendung vollständig oder teilweise als Zinszuschuss zur Verbilligung eines LfA-Darlehens verwendet werden soll, ist ein vorheriges Beratungsgespräch bei der zuständigen Bezirksregierung empfehlenswert. Dabei können die verschiedenen zur Verfügung stehenden LfA-Darlehentypen mit unterschiedlichen Laufzeiten und Zinssätzen aufgrund der jeweils aktuellen Konditionsübersicht näher erläutert werden.

### **„Vorbeginn“:**

Vorhaben, mit denen zum Zeitpunkt des **Antragseingangs bei der Regierung und vor Erhalt der schriftlichen Zustimmung der Regierung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn** bereits begonnen war, können nicht gefördert werden. Als Beginn des Investitionsvorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages anzusehen. Planung, Bodenuntersuchung und Grunderwerb gelten nicht als Beginn.

## **Anlagen:**

Dem Vordruck Nr. 90 FV sind in einfacher Ausfertigung mit beizugeben:

### **1. Angaben zum Unternehmen und zum Vorhaben**

Hier ist neben kurzer Vorstellung des Unternehmens (rechtliche und wirtschaftliche Verhältnisse) die Darstellung des Ist-Zustandes vor Beginn des Vorhabens und des Soll-Zustandes nach Abschluss des Vorhabens erforderlich. Dabei sollte auch auf die Fremdenverkehrssituation vor Ort (Konkurrenzunternehmen, Hauptzielgruppe) eingegangen werden.

### **2. Durchfinanzierungsbestätigung der Hausbank (vgl. beiliegenden Vordruck)**

### **3. Vollständige Jahresabschlüsse (Bilanz, GuV, Anhang, evtl. Lagebericht) der letzten drei Jahre.**

- Bei Betriebsaufspaltungen sind die Jahresabschlüsse des Besitz- und des Betriebsunternehmens, bei einer GmbH & Co. KG sind auch die Jahresabschlüsse der Komplementär-GmbH vorzulegen.
- Soweit ein Prüfbericht erstellt wurde, ist der des letzten Jahres beizufügen.
- Soweit konsolidierte Jahresabschlüsse vorliegen, sind diese einzureichen.
- Bei Konzernen und verbundenen Unternehmen sind die letzten Jahresabschlüsse sämtlicher Unternehmen vorzulegen. Dies gilt auch für Firmen, an denen der Hauptgesellschafter des antragstellenden Unternehmens mehrheitlich beteiligt ist (soweit Fotokopien vorgelegt werden, sind diese zu unterschreiben).

### **4. Detaillierte Kostenzusammenstellung**

Aus dieser Aufstellung, die formlos erfolgen kann, muss ersichtlich sein, ob die Kosten die Mehrwertsteuer beinhalten. Positionen wie z. B. „Kostensteigerungen“, „Unvorhergesehenes“, „Sonstiges“ usw. werden nicht gefördert. Der Anteil der Kosten, der nicht den Fremdenverkehrsbetrieb betrifft (z.B. Wohnung, Ladenräume) ist ggf. gesondert auszuweisen.

### **5. Unterlagen über die Rechtsverhältnisse (z. B. Gesellschaftsvertrag)**

Bei verbundenen Unternehmen sind die Beteiligungsverhältnisse gesondert darzustellen. (Fotokopien sind ausreichend!)

### **6. Gegebenenfalls notarieller Kaufvertrag, Übernahmevertrag etc.**

### **7. Hausprospekt, Ortsprospekt**

(soweit vorhanden)

### **8. Bei baulichen Vorhaben Planunterlagen (einschl. Lageplan) bzw. ggf. die bereits erteilte Baugenehmigung**

### **9. Bei Pachtbetrieben der Pachtvertrag**

### **Förderfähigkeit:**

Förderfähig sind die Aufwendungen für Anschaffung bzw. Herstellung der zum Investitionsvorhaben zählenden Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens. Nicht förderfähig sind: Grundstückserwerb, im Straßenverkehr zugelassene Fahrzeuge, nicht aktivierte Wirtschaftsgüter, gebrauchte Wirtschaftsgüter, es sei denn es handelt sich um den Erwerb einer stillgelegten oder von Stilllegung bedrohten Betriebsstätte oder das erwerbende Unternehmen gilt als Existenzgründer.

### **Betriebsaufspaltung:**

Bei Vorliegen einer Betriebsaufspaltung (Betriebsunternehmen nicht gleich Investor) ist sowohl das Besitzunternehmen (meist Investor) als auch das Betriebsunternehmen Antragsteller und Zuwendungsempfänger.

Für den Fall einer etwaigen Rückforderung haften beide Unternehmen gesamtschuldnerisch. Mögliche steuerliche Konsequenzen können im Rahmen dieses Antragsverfahrens nicht berücksichtigt werden und sollten deshalb bereits vor Antragstellung abgeklärt sein.

### **Weitere Fördermöglichkeiten:**

Ob bei einzelnen Vorhaben zusätzliche oder bessere Fördermöglichkeiten in anderen Programmen (z. B. Bayerisches Mittelstandskreditprogramm) möglich sind, kann nur in einem ausführlichen Beratungsgespräch vor Investitionsbeginn geklärt werden.